

Antrag - Nr. StVV - AT 14/2022 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31.03.2022		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Aktionsprogramm Initiative Inklusion im Betrieb zur Förderung neuer Inklusionsbetriebe bzw. Abteilungen umsetzen (GRÜNE PP)

Der kommunale Teilhabeplan *Eine Stadt für Alle* wurde 2014 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Seine Zielsetzung ist die Sicherstellung der im Grundgesetz und in der Landesverfassung verankerten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Hierzu legt der kommunale Teilhabeplan Maßnahmen in unterschiedlichen Handlungsfeldern fest. Im Handlungsfeld *Arbeit und Beschäftigung* ist ein Prüfauftrag zur Einrichtung einer Integrationsabteilung bzw. eines Integrationsbetriebes für die Stadtverwaltung festgelegt. Integrationsbetriebe bzw. Integrationsabteilungen beschäftigen Menschen mit Schwerbehinderungen, deren Teilhabe auf dem ersten allgemeinen Arbeitsmarkt aufgrund der Art oder Schwere ihrer Behinderungen auf besondere Schwierigkeiten trifft.

Auf Landesebene wurde zum 01.01.2022 ein Aktionsprogramm zur Förderung neuer Integrationsbetriebe oder Integrationsabteilungen aufgelegt. Zielsetzung des Programmes ist es, zusätzliche Arbeitsplätze in diesem Bereich zu schaffen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

Der Magistrat wird aufgefordert

1. die Einrichtung einer Integrationsabteilung bzw. eines Integrationsbetriebes in der Stadtverwaltung zu überprüfen. Die Ergebnisse der Prüfung sind dem Sozialausschuss in seiner September-Sitzung vorzustellen.
2. zu überprüfen, ob finanzielle Mittel des Aktionsprogrammes für den Aufbau einer Integrationsabteilung bzw. eines Integrationsbetriebes in der Stadtverwaltung genutzt werden können. Hierzu ist dem Sozialausschuss in seiner September-Sitzung Bericht zu erstatten.

3. die Einrichtung von Integrationsabteilungen bzw. Integrationsbetrieben in städtischen Gesellschaften zu überprüfen. Auch hierzu ist dem Sozialausschuss in seiner September-Sitzung Bericht zu erstatten.

Petra Coordes und

Fraktion DIE GRÜNEN PP